

**04.12.08**

## **Antrag**

**der Freien und Hansestadt Hamburg**

---

**Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des  
Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch  
Wachstumsstärkung“**

Punkt 1 der 852. Sitzung des Bundesrates am 5. Dezember 2008

Der Bundesrat verlangt gemäß Art. 77 Absatz 2 des Grundgesetzes die Einberufung des Vermittlungsausschusses mit dem Ziel, Artikel 2 Nummer 7 (§ 10 a Kraftfahrzeugsteuergesetz) grundlegend zu überarbeiten.

Begründung (nur für das Plenum):

Die bisher vorgesehene Befreiung der Kraftfahrzeugsteuer bei Fahrzeugen, die in der Zeit vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassen werden, soll unabhängig vom Kohlenstoffdioxid-Ausstoß eines Kraftfahrzeugs erfolgen.

Somit wird eine steuerliche Begünstigung aller erstmals zugelassenen Kraftfahrzeuge, unabhängig von den Kohlenstoffdioxid-Emissionen des Fahrzeugs, gewährt.

Diese Regelung schafft keine finanziellen Anreize zur Senkung der kraftfahrzeugbedingten Kohlendioxid-Emissionen, die aus Klimaschutzgründen dringend erforderlich wären.

Daher fordert der Bundesrat eine vom Kohlendioxid-Ausstoß eines Kraftfahrzeugs abhängige steuerliche Befreiungsregelung.